

ZUKUNFTSFORUM

Auswertung der Mitgliederbefragung der CDU Berlin
und erste Schlussfolgerungen

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) of Germany, featuring a stylized German flag (black, red, and gold horizontal stripes) on the left and the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font on the right.

CDU

GRUSSWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

eine Partei, die mitmacht, die diskutiert und dann sagt, wofür sie steht – das wünsche ich mir. Die Anfang dieses Jahres gestartete Mitgliederumfrage war daher auch der Startschuss für eine neue Form des Dialogs zwischen den Mitgliedern und der Führung der Partei, um gemeinsame Ansätze und Positionen zu erarbeiten.

Ich freue mich außerordentlich, dass viele von Ihnen die Chance genutzt haben, sich aktiv einzubringen und uns Hinweise zu geben, wie wir das Vertrauen der Berlinerinnen und Berliner zurückgewinnen können. Für diese Unterstützung danke ich sehr herzlich. Insbesondere für das Zukunftsforum der CDU Berlin unter Leitung Mario Czajas ist das eine gute Grundlage für die weitere Arbeit. Denn das Ergebnis der Mitgliederbefragung haben wir in Leitsätzen zusammengefasst, die unser Handeln bestimmen werden. So haben wir bereits mit dem Bürgerkonvent „Lebenswertes Berlin. Aber sicher“ am 16. Mai 2017 eine neue Form der Beteiligung in einer öffentlichen Veranstaltung angeboten. Und die lebhafteste Teilnahme an der Diskussion mit Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und dort vor allem Ihre engagierte Mitarbeit an den Thementischen haben deutlich gemacht, dass der eingeschlagene Weg richtig ist. Wir werden ihn gemeinsam fortsetzen – denn die Berlinerinnen und Berliner haben eine bessere Landesregierung als die jetzige rot-rot-grüne verdient - einen Senat nämlich, der für ein faires Miteinander und einen respektvollen Ausgleich der Interessen Sorge trägt. Dafür steht die CDU Berlin – lassen Sie uns gemeinsam Heimat gestalten.



Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Flora Monika Grütters". The signature is written in a cursive style.

Monika Grütters MdB
Landesvorsitzende

INHALTSVERZEICHNIS

Grußwort	Seite 3
Inhaltsverzeichnis	Seite 5
Auswertung	Seite 6
Allgemeines	Seite 6
Altersverteilung der Teilnehmenden	Seite 7
Kritische Betrachtung der jüngeren Vergangenheit und des Wahlergebnisses	Seite 8
Schärfung des eigenen inhaltlichen Profils der Hauptstadtunion in thematischen Schwerpunkten	Seite 11
Veränderung der Präsentation der Partei in der Öffentlichkeit	Seite 16
Intensivierung von Beteiligungsmög- lichkeiten und stärkere aktive Einbeziehung der Basis	Seite 17
Zusammenfassung der Handlungsleitsätze als Ergebnis der Mitgliederumfrage	Seite 20
Erste Umsetzungsschritte	Seite 22

Rücksendung bis zum 12. Februar an: **Passwort** PASSWORT

Per Post: CDU Landesverband Berlin Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin
 oder per E-Mail: cduberlin@cdu.berlin
 oder per Fax: 030 32 69 04 16

oder online: <http://www.cdu.berlin/lumfrage>
 Bitte geben Sie zu Beginn der Onlineumfrage das Passwort (oben rechts) ein.

Mitgliederumfrage Januar 2017 Teil 1

Die Mitgliederumfrage wird als Briefbefragung und als Onlinebefragung anonym durchgeführt. Das oben eingedruckte Passwort wurde automatisch generiert und vom externen Dienstleister per Zufallsprinzip zugewiesen. Die Mitgliederumfragebögen können keinen Personen zugeordnet werden.

1. Welche wesentlichen Schlussfolgerungen sollte die Berliner CDU aus Ihrer Sicht aus dem Wahlergebnis vom 18. September 2016 ziehen?
 ☺

2. Laut Umfragen sind den Berlinerinnen und Berlinern die folgenden Themen wichtig. Welche davon liegen Ihnen für die Arbeit der Berliner CDU besonders am Herzen? (Bitte erstellen Sie eine Rangfolge der für Sie fünf wichtigsten Themen, indem Sie die Ziffern 1 bis 5 vergeben.)

- Zuwandlung und Integration
- Bekämpfung der Wohnungsnot
- Stärkung der inneren Sicherheit
- Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur
- Ausbau des Flughafens Schönefeld
- Zukunft des Flughafens Tegel
- Bildungs- und Schulpolitik
- Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs
- Soziale Probleme
- Wirtschafts- und Finanzlage der Stadt
- Umweltprobleme, Lärm, Schmutz
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Bereitstellung ausreichender Kita-Plätze
- Gesundheitsversorgung
- Kultur

3. Die Berliner CDU hat sich vorgenommen, die folgenden Stellen wünschen Sie sich zusätzliche Möglichkeiten?
 ☺

4. Wünschen Sie sich eine noch stärkere Nutzung folgender digitaler Beteiligungsmöglichkeiten?

- Soziale Netzwerke
- Übertragung von Parteiveranstaltungen per Live-Stream
- Online-Diskussionsforen
- Sonstiges: ☺

5. Es ist uns wichtig, insbesondere Frauen noch stärker für eine aktive Mitarbeit in der Partei zu gewinnen. Welche Rahmenbedingungen wären dafür Ihrer Ansicht nach zu schaffen?
 ☺

6. Wollen Sie uns noch etwas für die politische Arbeit mit auf den Weg geben?
 ☺

7. Welches Geschlecht haben Sie?
 männlich
 weiblich
 Keine Angabe

8. In welcher Altersgruppe ordnen Sie sich ein?
 16 bis 29 Jahre
 30 bis 44 Jahre
 45 bis 59 Jahre
 60 Jahre und älter
 Keine Angabe

9. In welchem Kreisverband der CDU
 Charlottenburg-Wilmersdorf
 Friedrichshain-Kreuzberg
 Lichtenberg
 Mitte
 Neukölln
 Pankow
 Reinickendorf
 Spandau
 Steglitz-Zehlendorf
 Tempelhof-Schöneberg
 Treptow-Köpenick
 Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)
 Keine Angabe

Bitte an den Landesverband zurückzuschicken

Per Post: CDU Landesverband Berlin Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin
 oder per E-Mail: cduberlin@cdu.berlin
 oder per Fax: 030 32 69 04 16

Mitgliederumfrage Januar 2017 Teil 2

1. Ich möchte an folgenden strukturellen und inhaltlichen Themen mitarbeiten:

- Arbeit und Soziales
 - Rolle Berlins in Deutschland und Europa
 - Stadtentwicklung, Verkehr und Bau
 - Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit
 - Gesundheit
 - Integration und Zuwanderung
 - Jugend und Familie
 - Kultur
 - Innere Sicherheit
 - Bildung und Schule
 - Sport
 - Wissenschaft
 - Netzpolitik und IT-Politik
 - Recht
 - Begräbnungskultur für Neumitglieder
 - Steigerung der Attraktivität der CDU für Frauen
- Folgendes Thema fehlt mir: ☺

2. Ich möchte die CDU im Bundestagswahlkampf aktiv unterstützen.

Ja, und zwar besonders bei ☺

3. Bitte überprüfen Sie Ihre Kontaktdaten und korrigieren Sie diese gegebenenfalls. Oder ändern Sie Ihre Daten selbst unter www.cduplus.cdu.de/mydata (ggf. müssen Sie sich hierfür auf CDU Plus anmelden).

Mitgliedsnummer MITGLIEDSNUMMER Kreisverband LVKV NAME
 Name: ☺ VORNAME NACHNAME
 Straße: STRASSE
 PLZ/Ort: PLZ ORT
 E-Mail: E-MAIL PRIVAT
 Telefon: TELEFON PRIVAT
 Handy: HANDY PRIVAT
 Ich möchte bevorzugt Einladungen und Informationen per E-Mail erhalten.

AUSWERTUNG

Allgemeines

Die Mitgliederumfrage wurde mit Schreiben vom 20. Januar 2017 gestartet, Rückmeldungen waren bis zum 12. Februar 2017 möglich. Der Versand der Umfrageunterlagen erfolgte durch die Union Betriebs GmbH auf Basis der Daten in der Zentralen Mitgliederdatei (ZMD) der CDU, in der die Kontaktdaten aller Mitglieder hinterlegt sind.

Die Mitgliederumfrage wurde als Briefbefragung und als Onlinebefragung anonym durchgeführt. Die Fragebögen waren mit einem individuellen eingedruckten Passwort versehen. Insgesamt wurden 20.000 Passwörter automatisch generiert und von einem externen Dienstleister per Zufallsprinzip auf die 11.010 angeschriebenen Mitglieder verteilt. Damit können die Mitgliederumfragebögen keinen Personen zugeordnet werden.

Die Onlinebefragung erfolgte durch einen anerkannten Anbieter von Online-Umfragen, der zahlreiche Referenzen in den Bereichen Industrie und Wirtschaft, Dienstleistungen und Universitäten vorzuweisen hat. Um an der Onlinebefragung teilzunehmen, musste zu Beginn das jeweils individuelle Passwort eingegeben werden. Um Manipulationen zu verhindern, wurde jedes Passwort – sobald es einmal verwendet und die Umfrage gestartet wurde – automatisch entwertet.

Es wurden insgesamt 11.010 Mitglieder der CDU Berlin angeschrieben; all jene Personen, die keinen Postausschluss vermerkt hatten. Davon haben sich 1.491 an der Umfrage beteiligt. Das entspricht einer Teilnahmequote von rd. 13,5 %.

70% der Teilnehmenden sind männlich, 28% der Teilnehmenden weiblich. 2% machten keine Angaben zu ihrem Geschlecht.

Altersverteilung der Teilnehmenden

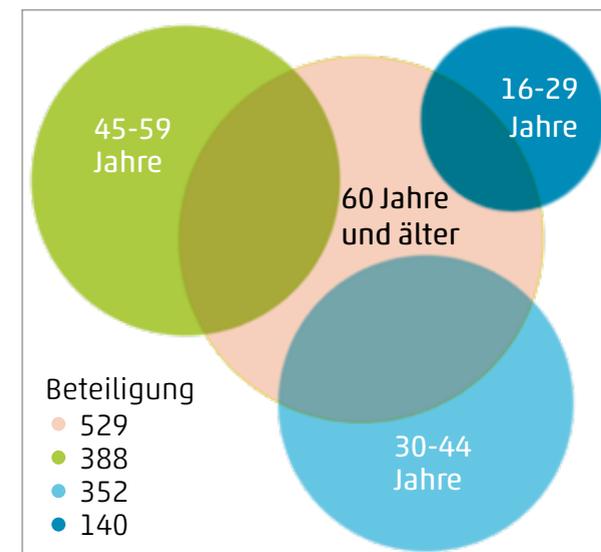
Fast die Hälfte (45,4%, 677 Personen) hat sich im Internet an der Mitgliederumfrage beteiligt.

Vor allem die über 60 Jahre alten Umfrageteilnehmer haben sich per Brief an der Mitgliederumfrage beteiligt; 54% aller Teilnehmer, die schriftlich geantwortet haben, sind 60 Jahre und älter. Dagegen sind nur 4% der Teilnehmer, die per Brief geantwortet haben, jünger als 30 Jahre.

Die Möglichkeit der Onlinebefragung wurde vor allem von jüngeren Teilnehmern genutzt: Nur 18% der Onlineteilnehmer sind über 60 Jahre alt. Dabei beträgt der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtzahl der Teilnehmer 37%.

Insgesamt ist die Verteilung der Teilnehmenden an der Befragung bezogen auf Alter, Geschlecht und

regionale Zuordnung sehr vergleichbar mit der Aufteilung der Mitgliedschaft insgesamt, so dass auch unter diesem Gesichtspunkt das Ergebnis als repräsentativ angesehen werden kann. Die überwiegend offen ge-



stellten Fragen haben die Teilnehmenden genutzt, um breit gefächert eine Vielzahl unterschiedlicher Themen anzusprechen. Neben vereinzelt artikulierter deutlicher Kritik, insbesondere für die jüngere Vergangenheit (Kritik an Kandidaten bzw. Senatsmitgliedern sowie an der Kampagne) sowie Aussagen zur Begründung des Wahlergebnisses wurden

dabei ganz überwiegend zukunftsgerichtete Veränderungswünsche in drei größeren Themenbereichen angesprochen:

- Schärfung des eigenen inhaltlichen Profils der Hauptstadtunion in thematischen Schwerpunkten
- Veränderung der Präsentation der Partei in der Öffentlichkeit
- Intensivierung von Beteiligungsmöglichkeiten und stärkere aktive Einbeziehung der Basis.

Kritische Betrachtung der jüngeren Vergangenheit und des Wahlergebnisses

Schwerpunkt der Ausführungen in den Antworten der Teilnehmenden waren Hinweise und Wünsche für künftige Änderungen. Vereinzelt wurde allerdings auch ein Blick auf bisheriges Handeln oder Verhalten der Hauptstadt-CDU geworfen und dabei auch deutliche Kritik geäußert. Für das schlechte Abschneiden bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2016 werden im Wesentlichen folgende Gründe genannt:

- Überlagerung durch Bundespolitik (insbes. Flüchtlingspolitik)
- Streitigkeiten im Senat
- Mangelnde eigene Erfolge in der Regierungsarbeit bzw. unzureichende Vermittlung von CDU-Erfolgen in der Regierungsarbeit
- Falsche Schwerpunktsetzung in den Inhalten der Kampagne bzw. falsche Ausrichtung derselben

So sei es nicht gelungen, wesentliche Fortschritte insbesondere im Bereich der Inneren Sicherheit durchzusetzen bzw. diese zu kommunizieren. Vereinzelt wird kritisiert, dass Probleme trotz Verantwortlichkeiten verschiedenster Senatsverwaltungen öffentlich ausschließlich mit CDU-Senatoren verbunden wurden (z.B. Bürgerämter oder Konsequenzen aus dem erhöhten Flüchtlingszugang und die Zustände am LAGeSo), allgemein erzielte Erfolge dagegen aber nicht der CDU zugerechnet wurden.

Insgesamt bestätigen die Rückäußerungen im Rahmen der Mitgliederbefragung die Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem September 2016 hinsichtlich der Wahrnehmung des Spitzenkandidaten und der Themenkompetenz der Hauptstadtunion:

Gut die Hälfte (54 Prozent) hätte den seit 2014 Regierenden Bürgermeister Michael Müller gerne wieder im Amt gesehen. Seinen Herausforde-

rer und Innensenator Frank Henkel hätten 21 Prozent lieber als Regierenden Bürgermeister. Die 54 Prozent von Müller sind jedoch ein ausgesprochen niedriger Wert. In den letzten Jahren hat kein Amtsinhaber eine vergleichbar zurückhaltende Bewertung erhalten. Positive und damit hohe Werte erhalten die Kandidaten dann, wenn es ihnen gelingt, über die eigene Anhängerschaft hinaus Akzeptanz zu gewinnen und somit auch für viele parteipolitisch heterogene Wähler wählbar zu sein. Hier hatte der Spitzenkandidat der CDU ein Problem, da er in den eigenen Reihen mit 57 Prozent einen eher schwachen Rückhalt hatte und jenseits der eigenen Klientel noch geringeren Anklang findet. Weder in der SPD, bei den Grünen noch der Linken konnte er auf Stimmen zählen, was für eine starke Polarisierung zulasten der CDU spricht (Forschungsgruppe Wahlen).

In der Problemlösungskompetenz spiegelt sich die differenzierte Sicht auf die Parteien wider, wie sie im Wahlergebnis zum Ausdruck kommt. Die Berliner sehen nicht eine

Erzielte Erfolge wurden nicht der CDU zugerechnet

Partei als besonders fähig an, die Probleme zu lösen, sondern erkennen bei vielen Parteien Lösungsfähigkeit an. Beim Thema Flüchtlinge liegen CDU und SPD mit jeweils 19 Prozent gleichauf. Die anderen Parteien bekommen hier aber auch Kompetenzen im zweistelligen Bereich zugesprochen. Ähnlich verhält es sich mit der Bildungspolitik. Hier liegt die SPD mit 25 Prozent Nennungen zwar vorne, aber allen anderen Parteien werden auch Kompetenzen zugesprochen. Beim Thema Wohnungsmarkt wird der SPD (28 Prozent), aber auch der Linken mit 19 Prozent eher die Lösung zugetraut. Bei Wirtschaft und Arbeitsplätzen führt zwar die SPD, hier kann die CDU aber mit jeweils 22 Prozent auch punkten. Einen eindeutigen Kompetenzvorsprung hat die CDU mit 30 Prozent bei der Bekämpfung der Kriminalität. Beim Themenfeld soziale Gerechtigkeit können SPD (30 Prozent) und Linke (26 Prozent) das Feld unter sich ausmachen. In der Verkehrspolitik können hingegen die Grünen mit 29 Prozent Nennungen alle anderen Parteien

weit hinter sich lassen (Forschungsgruppe Wahlen).¹

Es ist der CDU in Berlin demnach nicht gelungen, außer beim Thema Kriminalitätsbekämpfung durch eigene Positionen besondere Kompetenz für die Lösung der Probleme in der Hauptstadt zu vermitteln. Während die wirtschaftliche Lage von den Berlinerinnen und Berlinern so gut wie noch nie seit 1999 bewertet wurde, war die Zufriedenheit mit dem Senat mit 36 Prozent auf einem sehr niedrigen Niveau. In keinem Bundesland wurde die amtierende Landesregierung ähnlich negativ bewertet. Bei nicht wahrgenommener Problemlösungskompetenz in wesentlichen Politikfeldern in Kombination mit einem nur wenig Akzeptanz findenden Spitzenkandidaten konnte eine Kampagne „Rot-Rot-Grün verhindern“ nach den kritischen Einschätzungen der Teilnehmenden nicht verfangen,

¹ Dr. Viola Neu und Dr. Sabine Pokorny, Team Empirische Sozialforschung, Hauptabteilung Politik und Beratung, KAS

zumal der CDU erkennbar Bündnisoptionen fehlten.

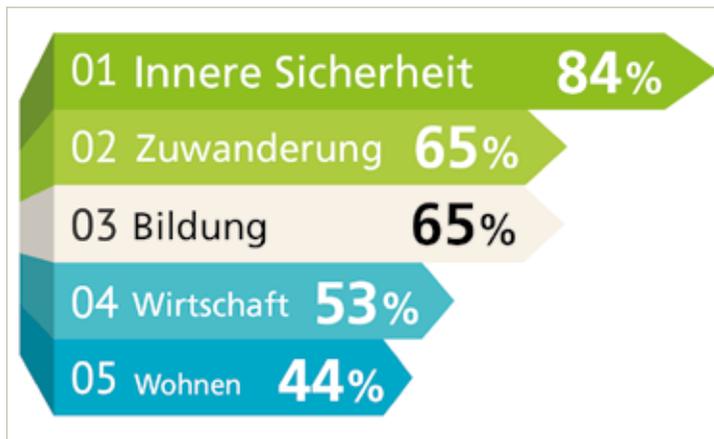
In der Konsequenz wird daher bei diesen vereinzelt kritischen Betrachtungen neben einer Stärkung des eigenen Profils bzw. einer inhaltlichen Neuausrichtung insbesondere eine personelle Erneuerung gefordert bzw. erwartet. Auf den Wechsel im Landesvorsitz sind die abgegebenen Antworten fast ausschließlich positiv.

Schärfung des eigenen inhaltlichen Profils der Hauptstadtunion in thematischen Schwerpunkten

Welche Inhalte den Teilnehmenden dabei für die Arbeit der Berliner CDU besonders am Herzen liegen, wurde gezielt in Frage 2 (geschlossene Frage) abgefragt. Es war erbeten, eine Rangfolge der fünf wichtigsten Themen aus den genannten 15 Themen, die laut Umfrage den Berlinerinnen und Berlinern wichtig sind, mit den Ziffern 1 bis 5 zu vergeben. Danach sind unter allen Teilnehmenden die Top 5: Stärkung der Inneren Sicherheit (von 84 % der Teilnehmenden genannt), Zuwanderung und Integration (von 65 % der Teilnehmenden genannt), Bildungs- und Schulpolitik (von 65 % der Teilnehmenden genannt), Wirtschafts- und Finanzlage der Stadt (von 51 % der Teilnehmenden genannt), Bekämpfung der Wohnungsnot (von 44 % der Teilnehmenden genannt). Dabei wurde die Stärkung der Inneren Sicherheit von

Positive Aufnahme des Wechsels im Landesvorsitz

„Rot-Rot-Grün verhindern“ konnte nicht verfangen, da der CDU erkennbar Bündnisoptionen fehlten



38% der Teilnehmenden als Thema auf Platz 1 gesetzt, für 18% ist Zuwanderung und Integration das wichtigste Thema und für 13% hat die Bildungs- und Schulpolitik oberste Priorität.

Die Zukunft des Flughafen Tegel wird von 32% der Teilnehmenden als wichtiges Thema genannt.

Eine Betrachtung der einzelnen Kreisverbände macht deutlich, dass das Thema Stärkung der Inneren Sicherheit in allen 12 Kreisverbänden das am häufigsten genannte wichtige Thema ist, die Spanne reicht von 78% (Charlottenburg-Wilmersdorf) bis 92% (Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln, Reinickendorf). Das Thema wird auch in allen Kreisverbänden ein-

heitlich am häufigsten als oberste Priorität von den Teilnehmenden genannt (31% - Charlottenburg-Wilmersdorf – bis 48% - Neukölln).

Die Themen Zuwanderung und Integration sowie Bildungs- und Schulpolitik sind in allen 12 Kreisverbänden als eines der TOP 5 –Themen genannt. Dabei ist Zuwanderung und Integration ebenso wie Stärkung der Inneren Sicherheit in allen Kreisverbänden bei den am häufigsten mit oberster Priorität bewerteten Themen, davon in 10 Kreisverbänden als wichtigstes Thema regelmäßig bei den Nennungen mit höchster Priorität nach der Stärkung der Inneren Sicherheit als Thema mit der Rangfolge 1 gewertet, in 2

Stärkung der Inneren Sicherheit in allen 12 Kreisverbänden das am häufigsten genannte wichtige Thema

Kreisverbänden (Pankow und Wuhletal) zwar auch unter den am häufigsten auf Platz 1 gesetzten Themen aber noch hinter Bildungs- und Schulpolitik.

Insgesamt gehört die Bildungs- und Schulpolitik in 10 Kreisverbänden zu den 3 Themen (neben Stärkung der Inneren Sicherheit und Zuwanderung und Integration), die am häufigsten mit der obersten Priorität versehen werden. Lediglich in Neukölln (Bekämpfung der Wohnungsnot) und in Spandau (Wirtschafts- und Finanzlage der Stadt) werden zwei andere Themen häufiger als prioritär eingestuft. Darüber hinaus wird in Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg die Wirtschafts- und Finanzlage der Stadt ebenso oft mit der höchsten Priorität genannt wie Bildungs- und Schulpolitik.

In 7 der 12 Kreisverbände entsprechen die og. TOP5-Themen auch den von dort abgegebenen Antworten, wobei die Rangfolge von 2-5 leicht variiert. In Reinickendorf und in Mitte gehört dagegen das The-

ma Zukunft des Flughafens Tegel zu den als besonders wichtig benannten, in Trepow-Köpenick und Wuhletal wird die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur als eines der TOP5-Themen eingestuft und in Neukölln das Thema Gesundheitsversorgung.

Die Bewertung der Wichtigkeit der Themen ist nicht abhängig vom Geschlecht, die Antworten der Männer und Frauen sind hier nahezu identisch und ergeben die gleiche Rangfolge bei den wichtigen Themen. Bei der Betrachtung nach Altersgruppen fällt auf, dass für die Altersgruppe der Über-Sechzigjährigen die Zukunft des Flughafens Tegel scheinbar eine höhere Bedeutung hat als in den anderen Altersgruppen, denn hier gehört es zu den TOP5-Themen. Ansonsten entspricht die Rangfolge der wichtigen Themen in allen Altersgruppen der og. Darstellung, wobei für die Altersgruppe der 16-44jährigen Bildungs- und Schulpolitik nach der Inneren Sicherheit und noch vor Zuwanderung und Integration folgt.

Die Bewertung der Wichtigkeit der Themen ist nicht abhängig vom Geschlecht

Für die 16-44jährigen folgt Bildungs- und Schulpolitik nach der Inneren Sicherheit und vor Zuwanderung und Integration

Schlussfolgerung 1: Insgesamt macht die Beantwortung deutlich, dass die Mitglieder für das Zusammenleben in Berlin und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Stadt gute Bildung für alle, Innere und Soziale Sicherheit so-



wie eine starke Wirtschaft auf der Basis des fairen Miteinanders aller gesellschaftlichen Gruppen im Mittelpunkt der wichtigen Themen sehen und deshalb hierzu klare inhaltliche Positionen erforderlich sind.

Ergänzend zu der Beantwortung der Frage 2 haben Teilnehmende insbesondere die Fragen 1 und 6 genutzt, um sich zu Inhalten und The-

men zu äußern. Dabei wird häufig eine Stärkung des eigenen Profils mit klaren Positionen eingefordert. Es müsse deutlicher werden, wofür die CDU stehe, wobei die Betonung konservativer Werte erforderlich sei. Insofern wird auch nur

sehr vereinzelt eine stärkere Annäherung an andere Parteien gefordert, deutlich mehr erwarten dagegen eine inhaltliche Abgrenzung (insbesondere von der SPD) und Positionierung. Vereinzelt wird eine thematische Konzentration auf Innere Sicherheit und Wirtschaft als „Kernkompetenzen“ der CDU gefordert. Dem steht jedoch eine größere Anzahl an Teilnehmenden

gegenüber, die eine Öffnung für neue Themen erwarten. Um den Anforderungen an eine moderne Großstadtpartei gerecht zu werden, sei es erforderlich, sich thematisch breiter aufzustellen – allerdings ohne seinen Markenkern zu verlieren oder zu beliebig zu werden, denn „Wer den Zeitgeist heiratet, wird bald Witwer sein“ (Zitat aus Antwortbogen). In diesem Zusammenhang wird auch wiederholt eine größere Bürgernähe eingefordert, die CDU müsse sich wieder mehr an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientieren und interessiert zeigen. Thematisch wird dabei das verstärkte Aufgreifen von sozialpolitischen Themen oder eine stärkere Betonung der Familienpolitik genannt.

Schlussfolgerung 2: Der Anspruch der Mitglieder ist, dass die CDU Berlin die Berlin-Partei der Mitte ist und bleibt und sich dabei inhaltlich klar nach links und rechts abgrenzt. Nicht Klientelpolitik soll über inhaltliche Positionen und

politisches Handeln bestimmen sondern das Wohl aller Generationen und gesellschaftlichen Gruppen ist im Blick zu behalten. Wir tragen für ein faires Miteinander und den respektvollen Ausgleich der Interessen Sorge.

Schlussfolgerung 3: Auf dieser Grundlage der Themenschwerpunkte und der Ausrichtung erfolgt daher die Arbeit an einem Programm Berlin 2021, mit dem wir die Ansätze für unsere Vision des fairen Miteinanders in unserer Stadt konkretisieren. Unser Ziel ist die Rückkehr in die Regierungsverantwortung in Berlin bei den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

Familienpolitik und sozialpolitische Themen verstärkt aufgreifen

Veränderung der Präsentation der Partei in der Öffentlichkeit

Bei den Antworten der Teilnehmenden insbesondere zu den Fragen 1 und 6 wurde häufig auch das Auftreten und die Wirkung bzw. das Image der Hauptstadunion thematisiert.

So wird häufig in diesem Zusammenhang mehr Bürgernähe und Präsenz vor Ort (insbesondere auch außerhalb von Wahlkampfzeiten) gefordert. Nur so komme man wieder mit den Bedürfnissen der „kleinen Leute“ in Berührung und sei „näher an den Menschen“. Damit verbunden wird der Wunsch, zu mehr Transparenz und aktuellen Erklärungen von Entscheidungen zu kommen und Erfolge besser, klarer und verständlicher zu kommunizieren (kein „Politiksprech“).

Einige halten einen Imagewandel für erforderlich, da die CDU als „Altherrenverein“ wahrgenommen würde. Unter der CDU stellten sich immer noch viele „einen alten Mann mit Filzhut und dicken BMW oder Mercedes

vor“ (Zitat aus Antwortbogen). Dieser Imagewandel sei zum einen durch entsprechende thematische Öffnung aber auch durch innerparteiliche Maßnahmen zu vollziehen. In diesem Zusammenhang wird insbesondere mehr Qualität und Transparenz bei der Auswahl für Führungspositionen eingefordert und die Vermeidung von Ämterhäufungen empfohlen.

Neben einem häufig genannten moderneren Auftritt in den sozialen Medien und einer vereinzelt empfohlenen intensiveren Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Überarbeitung der Webseite werden vereinzelt Hinweise zu ergänzenden Möglichkeiten der Nutzung neuerer Technik gemacht, die die persönlichen Kontakte sinnvoll ergänzen könnten.

Schlussfolgerung 4: Es ist demnach unverzichtbar, die Kommunikation nach innen und außen zu professionalisieren und noch aktueller zu gestalten (z.B. durch Überarbeitung des Internet-Auftritts, Newsletter, News-

blogs). Dabei werden wir die Möglichkeiten der Digitalisierung stärker nutzen.

Als häufigster Einzelaspekt im Zusammenhang mit dem öffentlichen Erscheinungsbild der Hauptstadunion wird von den Teilnehmenden ein künftiges „Geschlossenes Auftreten“ erbeten bzw. eingefordert. Dies wird als elementar für eine größere Akzeptanz sowohl bei der Basis als auch bei den Bürgerinnen und Bürgern angesehen.

Intensivierung von Beteiligungsmöglichkeiten und stärkere aktive Einbeziehung der Basis

Bei ihren Antworten im Rahmen der Mitgliederbefragung haben die Teilnehmenden sich ganz überwiegend zu dieser Thematik auch weit über die Frage 3 hinausgehend geäußert. Mehrheitlich haben sich die Teilnehmenden sehr intensiv mit der Fragestellung insbesondere einer stärkeren Einbeziehung der Basis und einer besseren Erschließung der Potentiale der Mitgliedschaft auseinandergesetzt.

Die Frage „Wünschen Sie sich eine noch stärkere Nutzung folgender digitaler Beteiligungsmöglichkeiten?“ wurde von den Teilnehmenden wie folgt beantwortet:

Diese Gewichtung bzw. Verteilung ist unabhängig von Alter und Geschlecht in allen Gruppen vergleichbar. In Einzelfällen ist allerdings nicht auszuschließen, dass der Ansatz zur stärkeren Nutzung sozialer Netzwerke sich auch auf persönliche

Geschlossenes Auftreten ist elementar wichtig für größere Akzeptanz

Klarer und verständlicher kommunizieren

„analoge“ soziale Netzwerke beziehen könnte.

Von einigen wenigen Teilnehmenden wurde die Frage auch mit dem Hinweis beantwortet, dass es ihrer Meinung nach ausreichend Beteiligungsmöglichkeiten gäbe, diese müssen nur genutzt werden.



Gruppendiskussion beim Bürgerkonvent mit Generalsekretär Stefan Evers

Wiederholt gab es in diesem Zusammenhang auch den Hinweis, dass „Digitale Beteiligungsformate nicht persönliche Gespräche ersetzen“ (Zitat aus Antwortbogen) und „Diese Formate nur Sinn haben, wenn ihre Ergebnisse wirklich Wirkung zeigen. Eine digitale Scheinbeteiligung nutzt niemandem etwas“ (Zitat aus Antwortbogen). Um Frauen noch stärker für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen, wurden von einigen Teilnehmenden – neben dem bereits genannten Imagewandel - angeregt, die Teilnahmemöglichkeit an Sitzungen oder Veranstaltung auch durch „familienfreundlichere“ Zeiten

oder durch das Angebot von Kinderbetreuungen während der Veranstaltungen zu verbessern.

Die Einführung einer Frauenquote wird insgesamt unterschiedlich beurteilt. Bei den Frauen haben sich in allen Altersgruppen die Teilnehmenden mehr für als gegen eine Frauenquote zur Stärkung der Mitarbeit ausgesprochen und insbesondere in der Altersgruppe der 45 bis 59jährigen erfolgt eine klare Befürwortung. Bei den Männern ist die Ablehnung in allen Altersgruppen gleichermaßen deutlich, nur sehr vereinzelt wird hier die Einführung einer Frauenquote als geeignete Rahmenbedingung für eine aktivere Mitarbeit von Frauen gesehen. Insgesamt sind die ablehnenden Rückäußerungen damit in der Mehrheit.

Schlussfolgerung 5: Die CDU Berlin wird die Repräsentation von Frauen auf allen Ebenen steigern. Dieses Ziel ist bei der Aufstellung von Listen zu berücksichtigen. Die Vereinbarkeit von

Familie, Beruf und Mandat gilt es hierfür auf allen Ebenen zu hinterfragen und ggf. zu verbessern.

Mehrheitlich wird dagegen die Einführung des „Mitgliederprinzips“ begrüßt bzw. gefordert. Neben der häufigen Forderung der Einführung des Mitgliederprinzips statt des Delegiertenprinzips allgemein (ohne dies weiter zu spezifizieren) bzw. für Kandidatinnen- und Kandidatenbenennungen aller Ebenen gibt es den Wunsch einiger Teilnehmenden, das Mitgliederprinzip bei der Wahl der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten sowie für programmatische Entscheidung künftig einzuführen. Ganz vereinzelt wird auch das Mitgliederprinzip bei Entscheidungen zur Kampagnengestaltung gewünscht.

Schlussfolgerung 6: Wir werden die Mitglieder bei grundsätzlichen inhaltlichen und personellen Entscheidungen im Rahmen von Mitgliederbefragungen stärker einbeziehen.

Von einigen Teilnehmenden wird die Stärkung der Arbeit der Foren oder Fachausschüsse gefordert. Hier gelte es insbesondere, verlässliche Rückmeldungen zu Angeboten der Mitarbeit zu erhalten und die Potentiale der Basis in der Erarbeitung fachlicher Inhalte stärker zu nutzen. In der Vergangenheit sei die Einbeziehung bzw. Arbeit in diesen Gremien intransparent bzw. zu wenig bekannt gewesen. Mitglieder sollten insbesondere die Möglichkeit haben, ihre vorhandene Expertise (z.B. im Beruf erworben) stärker themenbezogen einbringen zu können. Insbesondere im Zusammenhang mit der erforderlichen und geforderten inhaltlichen und programmatischen Neuausrichtung der Hauptstadtunion wird hier durch eine Verstärkung der Beteiligungsmöglichkeiten eine große Chance der aktiven Einbringung in die Erarbeitung gesehen. Sehr häufig wird im Zusammenhang mit



Der Vorsitzende des Zukunftsforums, Mario Czaja, mit dem Bundesinnenminister Thomas de Maizère

Stärkere Einbeziehung der Basis

künftig stärkerer Beteiligung die Mitgliederumfrage ausdrücklich begrüßt, diese sei „ein guter Anfang“ und mehr davon „auch gerne kleiner“ sei wünschenswert. Dies sei ein richtiger Schritt zur stärkeren Einbeziehung der Basis.

Schlussfolgerung 7: Für die thematische Positionierung und die inhaltliche Arbeit – auch an einem Programm 2021 - werden wir neue Strukturen etablieren, um das breite Wissen unserer Mitglieder einfließen zu lassen, und werden Foren und Arbeitskreise den Erfordernissen anpassen.

Schlussfolgerung 8: Um deutlich zu machen, wie wichtig die Mitarbeit und der unmittelbare Kontakt mit der Stadtgesellschaft für uns ist, sollen alle Veranstaltungen künftig öffentlich sein und eine digitale Beteiligungsmöglichkeit bieten. Wir werden neue Beteiligungsformen nutzen, um auch die Stadtgesellschaft aktiv mitwirken zu lassen.

Zusammenfassung der Handlungsleitsätze als Ergebnis der Mitgliederumfrage

1. Für das Zusammenleben in Berlin und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Stadt stehen gute Bildung für alle, Innere und Soziale Sicherheit sowie eine starke Wirtschaft auf der Basis des fairen Miteinanders aller gesellschaftlichen Gruppen im Mittelpunkt der wichtigen Themen, zu denen sich die CDU Berlin klar positioniert.

2. Die CDU Berlin ist und bleibt die Berlin-Partei der Mitte und grenzt sich dabei inhaltlich klar nach links und rechts ab. Nicht Klientelpolitik soll über inhaltliche Positionen und politische Handeln bestimmen sondern das Wohl aller Generationen und gesellschaftlichen Gruppen ist im Blick zu behalten. Wir tragen für ein faires Miteinander und den respektvollen Ausgleich der Interessen Sorge.

3. Auf dieser Grundlage der Themenschwerpunkte und der Ausrichtung erfolgt daher die Arbeit an einem Programm Berlin 2021, mit dem wir die Ansätze für unsere Vision des fairen Miteinanders in unserer Stadt konkretisieren. Unser Ziel ist die Rückkehr in Regierungsverantwortung in Berlin bei den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

4. Die Kommunikation wird professionalisiert und noch aktueller gestaltet (z.B. durch Überarbeitung des Internet-Auftritts, Newsletter, Newsblogs). Dabei werden wir die Möglichkeiten der Digitalisierung stärker nutzen.

5. Die CDU Berlin wird die Repräsentation von Frauen auf allen Ebenen steigern. Dieses Ziel ist bei der Aufstellung von Listen zu berücksichtigen. Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Mandat gilt es hierfür auf allen Ebenen zu hinterfragen und ggf. zu verbessern.

6. Wir werden die Mitglieder bei grundsätzlichen inhaltlichen und personellen Entscheidungen im Rahmen von Mitgliederbefragungen stärker einbeziehen.

7. Für die thematische Positionierung und die inhaltliche Arbeit – auch an einem Programm 2021 - werden wir neue Strukturen etablieren, um das breite Wissen unserer Mitglieder einfließen zu lassen, und werden Foren und Arbeitskreise den Erfordernissen anpassen.

8. Alle Veranstaltungen sollen künftig öffentlich sein und eine digitale Beteiligungsmöglichkeit bieten. Wir werden neue Beteiligungsformen nutzen, um auch die Stadtgesellschaft aktiv mitwirken zu lassen.

ERSTE UMSETZUNGSSCHRITTE

Um das Anliegen nach stärkerer inhaltlicher Positionierung bzw. auch inhaltlicher Neuausrichtung anzugehen, wurden erste Treffen mit Entscheidern und Meinungsbildern zu verschiedenen Themenbereichen initiiert. Diese vertraulichen Gesprächsrunden dienen dazu, Positionen, Meinungen und Stimmungsbilder in wichtigen Themenbereichen auch von nicht der CDU angehörenden Meinungsbildern vermittelt zu bekommen, um sie anschließend in die Erarbeitung inhaltlicher Positionen einfließen zu lassen. Als Ergebnis aus diesen Gesprächen werden z.B. auch konkrete Fragestellungen und Arbeitsaufträge an Forenvorsitzende oder Landesfachausschüsse gehen. Dem soll zunächst noch eine organisatorische und konzeptionelle Anpassung der bisherigen Foren- und Landesfachausschussarbeit vorausgehen. In einem ersten Treffen auf Einladung des Generalsekretärs mit

den Vorsitzenden der Foren und Landesfachausschüsse wurden hierzu erste Ansatzpunkte für eine künftige Strukturänderung erörtert. Die Auswertung von Teil 2 der Mitgliederumfrage und die Übernahme der Meldungen in die ZMD (Zentrale Mitgliederdatei) wurde abgeschlossen und die Mitglieder sind über die Zuordnung zu den Foren informiert.

Als neues Format der Beteiligung wurde ein erster Bürgerkonvent am 16.05.2017 unter dem Thema „Lebenswertes Berlin. Aber Sicher.“ durchgeführt. Von den ca. 300 Teilnehmern waren rund 30 Prozent nicht Mitglieder der CDU, die Ergebnisse der Arbeit zu sechs Schwerpunktthemen werden den CDU-Fraktionen der BVVs, des Abgeordnetenhauses und des Deutschen Bundestages sowie den betreffenden Foren für die weitere Arbeit zur Verfügung gestellt.

Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung werden nach

entsprechender Auswertung auch den Kreisverbänden für ihren Bereich zur Verfügung gestellt, um vor

tion der Mitglieder über den Stand der Umsetzungsschritte über einen entsprechenden Newsletter.



Ort die Möglichkeit zu geben, auf regionale Besonderheiten auch gesondert einzugehen. Künftig erfolgt halbjährlich eine Informa-

Zum Landesparteitag im Juni wurden Strukturvorschläge für die künftige Arbeit der Foren und Landesfachausschüsse vorbereitet.

